

Nr. 17/76 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Recycling-Stationen in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 4. Dezember 2007

(Drucksache 17/53 S)

Nr. 17/77 S

Fragestunde

1. Kostenreduzierende Ausbaustandards im Hoch- und Tiefbau
Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 12. Dezember 2007
2. Verkauf des Investorengrundstücks auf dem Bahnhofsvorplatz
Anfrage der Abgeordneten Bernd Richter, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 12. Dezember 2007
3. Mindestlohnversprechen in den kommunalen Krankenhäusern nicht eingehalten?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Januar 2008
4. Hartz-IV-Verwaltung muss neu geregelt werden
Anfrage der Abgeordneten Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 21. Dezember 2007
5. Neuregelungen zur Arbeitsfähigkeit der Ortsämter
Anfrage der Abgeordneten Inga Nitz, Monique Troedel und Fraktion Die Linke vom 7. Januar 2008
6. Familien im Hilfenetz
Anfrage der Abgeordneten Karin Kauertz, Karin Garling, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 10. Januar 2008
7. Situation obdachloser Menschen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Margitta Schmidtke, Karin Garling, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 10. Januar 2008
8. Sicherstellung von Tierschutz und Kadaverbeseitigung auf dem Hof Baven-damm
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Dieter Focke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Januar 2008
9. Babyklappe
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 14. Januar 2008

10. Einsparungen beim nicht unterrichtenden Personal (NUP)
Anfrage der Abgeordneten Jost Beilken, Monique Troedel und Fraktion Die Linke vom 15. Januar 2008
 11. Haltestelle Radio Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Monique Troedel und Fraktion Die Linke vom 15. Januar 2008
 12. Zukunft des Schwimmbades in Blumenthal
Anfrage der Abgeordneten Michael Bartels, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Januar 2008
- Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/78 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 17/79 S

Wohnungspolitik in Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. Dezember 2007
(Drucksache 17/51 S)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 22. Januar 2008

(Drucksache 17/70 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat:

1. bis Ende 2008 ein neues gesamtstädtisches Wohnungsbaukonzept vorzulegen. An der Erarbeitung des Konzeptes sind Kammern und Verbände zu beteiligen.
Dieses Konzept soll u. a. Aussagen darüber enthalten,
 - für welche Gebiete eine Bauleitplanung eingeleitet werden sollte, welche Verdichtungspotenziale in abgesicherten Bebauungsgebieten vorhanden sind und in welchen Gebieten durch Planänderungen Wohnen und Arbeiten gleichermaßen realisiert werden könnte,
 - welche Flächen sich für Nachverdichtung sowie für Revitalisierung für wie viele Wohneinheiten eignen,
 - für welche Nachfragegruppen (Familie, Singles, Studierende, Ältere, Migranten/-innen) es einen speziellen Bedarf gibt und wie dieser am Markt bedient werden kann,
 - welche Anreize, Vermarktungsvorteile, Informationen und gesetzliche Auflagen es für barrierefreies Bauen und für ein barrierefreies Wohnumfeld gibt,
 - unter welchen Voraussetzungen höhere Energieeffizienzstandards in einzelnen Baugebieten festgelegt werden können,
 - wie durch wohnungsbaupolitische Maßnahmen dazu beigetragen werden kann und soll, die Lebensqualität in den Wohnquartieren zu verbessern und Sozialstrukturen zu stabilisieren.

2. Für die Wohnraumförderung sind neue Kriterien mit der Schwerpunktsetzung Umbau im Bestand, Modernisierung, Schaffung preiswerten Wohnraums und energetische Aufwertung zu entwickeln und für die Jahre 2008 und 2009 ein Wohnraumförderungsprogramm aufzulegen.
3. Das Baulückenprogramm weiterzuführen.
4. Baugemeinschaften, gemeinschaftliches Wohnen, Mehr-Generationen-Projekte sowie Projekte, in denen Bürgerinnen und Bürger selbst organisiert und eigenverantwortlich Aufgaben in ihrem Umfeld übernehmen, sind zu unterstützen, zum Beispiel durch die Aufnahme von stadtgestaltungs- und sozialpolitischen Kriterien in die Immobilienausschreibung, sodass eine Vergabe nach Höchstgebot nicht zwingend erforderlich ist. Dafür ist ein Konzept zu entwickeln.
5. Die Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) sowie die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ist einzuleiten. Über den Stand des Verfahrens ist der Deputation Bau und Verkehr im Frühjahr 2008 zu berichten.

Nr. 17/80 S

Attraktivitätssteigerung des Wohnungsbaus in der Stadt Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Januar 2008
(Drucksache 17/67 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/81 S

Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 154. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Neuenlander Straße, Kirchweg, Fabrikweg und westlich Kahrsweg

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2007
(Drucksache 17/54 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 17/82 S

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2007
(Drucksache 17/58 S)

Die Stadtbürgerschaft wählt

Herrn **Önder Yurtgüven**

anstelle der Abgeordneten Silvia Neumeyer zum Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadtgemeinde Bremen.

Nr. 17/83 S

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2008
(Drucksache 17/59 S)

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Karin **Garling**

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Wolfgang Grotheer zum Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadtgemeinde Bremen.

Nr. 17/84 S

Wahl eines Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Jens D e n n h a r d t

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Wolfgang Grotheer zum Mitglied des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses.

Nr. 17/85 S

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Entsorgungsbetriebsausschusses

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Susanne K r ö h l

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Wolfgang Grotheer zum stellvertretenden Mitglied des Entsorgungsbetriebsausschusses.

Nr. 17/86 S

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses KiTa Bremen

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Karin G a r l i n g

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Wolfgang Grotheer zum Mitglied des Betriebsausschusses KiTa Bremen.

Nr. 17/87 S

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Karin G a r l i n g

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Wolfgang Grotheer zum Mitglied der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 17/88 S

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2008 und 2009

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/62 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2008 und 2009, die Haushaltspläne und die Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (einschließlich der Haushalts- und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sondervermögen, der Anstalt öffentlichen Rechts „Versorgungsvorsorge“ sowie der Hochschulen und der Staats- und Universitätsbibliothek), die Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2008 und 2009, die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 und die Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahme (Artikel 131 a LV) zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten.

Nr. 17/89 S

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6
vom 15. Januar 2008**

(Drucksache 17/65 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/90 S

Rechtskonforme Besetzung der Ortsamtsleiterstellen sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Januar 2008
(Drucksache 17/66 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/91 S

Wirtschaftlichkeitsberechnung für Hemelinger Jugendfreizeitheime vorlegen

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU vom 22. Januar 2008
(Neufassung der Drs. 17/68 S vom 22.01.08)
(Drucksache 17/69 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/92 S

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Umwelt und Energie

Die Stadtbürgerschaft wählt den Deputierten

Gerd Ilgner

anstelle der Abgeordneten Karin Garling zum Mitglied der städtischen Deputation für Umwelt und Energie.

